

Redebeitrag

Plenum, 29.04.2019

Dok. 289 Nr. 2 – Zuständigkeiten Raumordnung Wallonische Region/ DG
Dok. 290 Nr. 2 – Zuständigkeiten Wohnungswesen Wallonische Region/ DG
Dok. 291 Nr. 2 – Zuständigkeiten Energie Wallonische Region/ DG
-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,

neue Zuständigkeiten für unsere kleine DG.

Zuerst einmal etwas Generelles zum Thema Zuständigkeitsübertragungen.

Ich zitiere aus dem aktuellen Positionspapier des Wirtschafts- und Sozialrates zu den anstehenden Wahlen. Dort heißt es auf Seite 24:

„Wir bewerten diese Übertragung grundsätzlich positiv.

Dennoch sehen wir mögliche Probleme im Fehlen von Skaleneffekten in der Verwaltung dieser Zuständigkeiten. Dies könnte die Verwaltungskosten gegenüber dem heutigen Stand erhöhen. Auch in Bezug auf den Fachkräftemangel werfen künftige Zuständigkeitsübertragungen Fragen auf. Der Personalbedarf zur Ausübung dieser Zuständigkeiten wird den Konkurrenzkampf um diese Fachkräfte verschärfen. Dies betrifft nicht zuletzt die Konkurrenz zwischen dem öffentlichen Dienst und dem Privatsektor. ...“

Weiter heißt es:

„Bei der in politischen Kreisen regelmäßig geäußerten Forderung nach einer Deutschsprachigen Gemeinschaft als vierter Region mahnen wir zur Vorsicht. Zunächst sollte geklärt werden, ob sich die Deutschsprachige Gemeinschaft überhaupt eigenständig finanzieren kann. Außerdem stellt sich die Frage, wie viel Wirtschaft wir brauchen, um genügend Abgaben für eine Finanzierung einer Region zu generieren.“

Diese Aussagen, meine Damen und Herren, werfen Fragen auf, und wir sollten uns sachlich damit auseinandersetzen. Denn wenn wir eins in Belgien zu viel haben, dann sind es Steuern, Abgaben, politische Posten, Verwaltungsebenen und Bürokratiekosten.

Jeder macht alles selber, meint alles besser machen zu müssen, aber das ganze muss auch finanziert werden. Und wo nehmen?

Fraktion im PDG V.o.G.

Eben.

Denke Sie bitte auch bei der Beantwortung der Fragen an die enormen Schulden, welche auf uns lasten. Dem Föderalstaat fehlen alleine dieses Jahr mehr als 8,5 Milliarden Euro.

Hinzu kommt, dass in einer repräsentativen Umfrage, welche die Regierung in Auftrag gegeben hat, die Mehrzahl der Bürger dies ähnlich sieht.

Auch wenn Mehrheitskollegen versuchen werden, dies anders zu deuten.

Man muss natürlich festhalten, dass man durch die Art und Weise der Fragen die Antworten beeinflussen kann, und man spürt schon den Hintergrund der Regierung in der Fragestellung.

Trotzdem wurde die Frage, ob die DG Teil der Wallonie bleiben soll, mehrheitlich mit Ja beantwortet. Auffallend hier ist, dass gerade die Jüngeren, also die 18 bis 44-jährigen, zu 50 Prozent dieser Meinung sind, gegenüber 43 Prozent, welche eine gleichberechtigte Region werden wollen. Die Bevölkerung ist in dieser Frage also gespalten.

Warum mehrheitlich die Befragten für die Übertragung von Wohnungswesen, Raumordnung und Energie gestimmt haben, ist in diesem Zusammenhang seltsam. Die Betroffenen sind wahrscheinlich mit Bauauflagen usw. von der Wallonischen Region genervt und denken, dass man da etwas ändern muss, was auch teilweise stimmt.

Auch geht nicht aus dem Dokument hervor, ob es alle Befragten waren oder nur die, welche generell für mehr Zuständigkeiten stimmten.

Ich möchte zur Raumordnung verschiedene Aspekte ansprechen:

Ja, die aktuellen Sektorenpläne sind reformbedürftig.

In den 70er Jahren wurden gemischte Zonen eingeführt, so dass sich in manchen Dörfern Gewerbebetriebe und Handwerksbetriebe direkt in Wohngebieten angesiedelt haben. Dies führt zu Konflikten mit den Anwohnern und die Betriebe sind teilweise beengt und können sich nicht ausweiten. Klare Trennlinien sind nicht vorhanden.

Des Weiteren hat man insbesondere in der Eifel die Bauzonen entlang der Nationalstraßen gelegt, was dazu führt, dass die Dörfer sich wie Spinnenarme ausgeweitet haben, dies führte zu zusätzlichen Kosten für die Allgemeinheit, durch verlängerte Versorgungsleitungen etc., und die Dörfer als solche leiden darunter. Eine Möglichkeit wäre hier die Wohnraumverdichtung. Aber dies wird nicht überall möglich sein.

Fraktion im PDG V.o.G.

Auf „ostbelgienlive“ kann man folgendes lesen und ich denke, dies spiegelt die Meinung der Regierung wider:

„Die Raumordnung als Schalthebel für die Zukunftsgestaltung in der DG.“

Das hört sich schon mal gut an.

Weiter heißt es:

„Um diese Leitlinien umzusetzen, werden sowohl auf DG- als auch auf Gemeindeebene teils unverbindliche, teils schlagkräftige Orientierungs- und Planungsinstrumente geschaffen werden. So wird in Zukunft der alte Sektorenplan durch einen Flächennutzungsplan der DG ersetzt werden können. ...“

In einem zweiten Absatz heißt es:

„Die Vergabe von Genehmigungen wird, so der Bericht, vor allem auf Ebene der Gemeinden erfolgen müssen. Dabei wird ihre Autonomie im Vergleich zum heutigen System bedeutend erhöht werden.“

Im Grunde ist es nicht so falsch überlegt, den Gemeinden hier Befugnisse und Freiräume einzuräumen. Im Grunde.

Aber ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an etwas erinnern.

Als in den 70er Jahren die Sektorenpläne geändert wurden und die Gemeinden damals dazu Vorschläge einreichen konnten, kam es zu manchen erstaunlichen Gegebenheiten.

Oft waren nicht Logik oder Vernunft entscheidend, sondern Besitz und Klüngel.

Denn wer durch die Eifeldörfer fährt, der wundert sich manchmal, wie an abgelegenen Stellen noch Bauland sein kann. Abseits vom Dorf, schön alleine steht da das ein oder andere Anwesen.

Und wenn man der Sache nachgeht dann heißt es.

„Ja, der Besitzer war damals im Gemeinderat und hat noch geschaut, dass sein Stück mit reinkommt.“ Oft mit erheblichen Kosten für die Allgemeinheit, da Versorgungsleitungen und öffentliche Zugänglichkeit gesichert sein müssen und dies abseits der Dörfer zu Mehrkosten führt.

Sie sehen, meine Damen und Herren, hier ist Vorsicht geboten. Gerade in der kleinen DG, was nicht heißen will, dass mancher Klüngel nicht bis nach Namur reicht.

Kontrolle ist hier wichtig. Und das möchte ich betonen: Es liegt eine große Verantwortung bei den Gemeinden, aber auch eine Bürde.

Ein Mehrheitskollege bemerkte:

„Wir werden auch nur mit Wasser kochen können. Der Bürger darf keine Wunder erwarten“.

Fraktion im PDG V.o.G.

Diese realistischere Aussage steht etwas im Widerspruch zu dem, was Herr Paasch verlauten ließ: „Und das ist dann wirklich ein Meilenstein beim Ausbau unserer Autonomie.“

Umso mehr sollte es in unseren Augen eine strikte Trennung und geben, so dass kein Exekutivmandat einer Gemeinde im Parlament sitzen darf.

Für Schöffen ist dies leider immer noch erlaubt.

Die Kontrollinstanz soll in Zukunft die DG sein, es liegt also alles in einer Hand.

Dann, meine Damen und Herren, der Bereich Wohnungswesen und Energie.

Puncto Energie folgende Anmerkung:

Es geht hierbei Ausschließlich um die Förderung von mit erneuerbaren Energiequellen erzeugter Wärme sowie auf die – insbesondere finanzielle – Förderung und Unterstützung verstärkter Energieeffizienz und rationeller Energieverwendung.

Hierzu folgende Anmerkungen:

Die Wallonische Region hat in den letzten Jahren diesen Bereich sehr stark subventioniert, so stark, dass es in einigen Bereichen zu einer Marktverzerrung kam.

Nehmen wir das Beispiel der Thermo-Solar-Anlagen.

Vor mehr als 15 Jahren startete die Wallonische Region hier eine Kampagne. Da in der Wallonie die Menschen nicht so sensibel für dieses Thema waren, gab es enorme Zuschüsse.

Die Handwerker und Händler erkannten schnell, was hier lief, und der Preis für die Anlagen stieg. Die Anlagen waren teilweise 50 Prozent teurer als im Ausland. Da man aber seitens der Wallonischen Region enorme Zuschüsse erhielt, rechnete sich dies trotzdem.

Nur es war eine Verzerrung des Marktes – das gleiche Spiel wie bei zahlreichen anderen Subventionen.

Und dies im Endeffekt zu Lasten des Steuerzahlers.

Und hier etwas Grundlegendes:

Auf der einen Seite nimmt die öffentliche Hand, in Belgien primär der Föderalstaat und die Regionen, den Bürgern viel, indem die Steuern hoch sind.

Und dann wird es mit teuren Kampagnen gezielt in einigen Bereichen wieder verteilt.

Wäre es nicht sinnvoller, andere Anreize zu schaffen und dem Bürger weniger aus der Tasche zu nehmen?

Wer zum Beispiel sein Haus isoliert, erhält Steuererleichterungen, z.B. weniger Immobiliensteuer.

Nur dies geht in Belgien nicht so einfach, weil der Föderalismus alles verkompliziert hat. Manche Steuern bekommt der Föderalstaat, andere die Regionen, wieder andere die Provinzen, manche die Gemeinden.

Die Gemeinschaften stehen eigentlich am besten da, denn das Steuereintreiben machen die anderen, und die DG erhält einfach eine Dotation, womit sie dann groß aufputschen kann und versucht, bei den Bürgern zu punkten.

Dabei hat im Falle der DG ein anderer die Arbeit gemacht und den Menschen zuerst das Geld aus der Tasche geholt, was dann hier wieder großspurig und mit großem Getöse und Getue verteilt wird.

Zum dritten Dekret, das private Wohnungswesen.

Inhaltlich, meine Damen und Herren, verweise ich hier auf den Bericht im Dokument 290 Nr. 2, welcher sehr sachlich die Befugnisse erläutert.

Und auf meine Rede zur entsprechenden Regierungserklärung vom 25. Juni 2018, in welcher ich ausführliche auf diese Thematik eingegangen bin.

Zur Erinnerung werde ich einige Elemente aus dieser Rede nochmals aufgreifen.

Im Wesentlichen geht es um öffentliche Reglementierungen und Bezuschussungen.

Ja, so kann man Politik betreiben.

Der Minister zählte bei der entsprechenden Regierungserklärung vor einem Jahr als zweite Zielsetzung auf, dass man den Anteil der Eigentümer der ersten Wohnung in Ostbelgien erhöhen will.

Wenn dies wirklich so gemeint ist, dann können wir dies natürlich voll unterstützen.

Hier gibt es gleich verschiedene Elemente, um dies zu verbessern.

Erstens günstiges Bauland, und hier sind zu allererst die Gemeinden gefragt, welche jungen Familien dies zum Selbstkostenpreis zur Verfügung stellen sollten.

Einige tun dies, manche Gemeinden haben auch mehr Möglichkeiten als andere. Jedoch gibt es hier noch viel Potential, vermehrt Anreize zu schaffen, wie z.B. den Mietkauf.

Und auch das Thema Wohnraumverdichtung sollte man aufgreifen.

Ein weiteres Element ist die zurzeit immer noch hohe Besteuerung in Belgien.

Da ist die hohe Einregistrierungsteuer, erheblich höher als in Nachbarländern.

Hinzu kommen die Nebenkosten bei einem Kredit bzw. bei einem Hypothekendarlehen. Auch hier gibt es zahlreiche Gebühren.

Und dann die hohe Immobiliensteuer.

Hier liegt also einiges im Argen, aber wenn der breite politische Wille da ist, könnte man dies verändern, um das Bauen attraktiver zu machen. Ohne dass der Staat überall die Hand aufhält und unsinnige Vorschriften erlässt.

Auch die steuerliche Abzugsfähigkeit von Wohnkrediten müsste angepasst und im Sinne des Bauherrn verbessert werden.

Wenn man sich die Entwicklung des Wohnungsbaus in verschiedenen Nachbarländern anschaut, so kann man feststellen, dass sich aufgrund von Steuersparmodellen der Anteil der Wohneigentumsquote erheblich verbessern kann. Ein Beispiel hierfür sind die Niederlande. Lebten nach dem Zweiten Weltkrieg nur 28 Prozent in den eigenen vier Wänden, sind es heute mehr als 65 Prozent.

Wir empfinden es als wichtig, dass der Staat sich nicht zu viel in den Wohnungsbau einmischt, sondern Modelle pflegt, welche die Bürger anspricht selbst zu bauen, ohne zu viele Komplikationen, unnötige Kosten und zu hohe Besteuerungen. Und den Menschen mehr Freiraum gibt.

Eine Anmerkung zu den Arbeitsgruppen:

Mein Kollege hat bereits mehrfach ausführlich dazu Stellung bezogen, warum wir uns nicht an Arbeitsgruppen beteiligen, wenn das Ergebnis von vornherein feststeht und die Regierung immer das letzte Wort behält.

Meine Damen und Herren,
Vivant steht für einen schlanken Staat und freie Bürger.

Neue Zuständigkeiten für die DG sind nur verantwortbar, wenn diese volkswirtschaftlich nicht zu Mehrkosten führen. Und wenn diese mit einem erkennbaren Mehrwert für die Bürger einhergehen und dadurch Bürokratie abgebaut und nicht – wie es geschehen ist und geschehen wird – aufgebaut wird. So verlockend dies auch für den ein oder anderen hier ist. Die Voraussetzung für weitere Zuständigkeitsübertragungen ist ein schlanker Staat, der sich durch Effizienz auszeichnet. Davon sind wir aber in Belgien noch weit entfernt. Wir haben eine der höchsten Staatsquoten

Fraktion im PDG V.o.G.

der OECD-Länder. Das ist schade. Und selbst eine vierte Region wäre denkbar, wenn anstatt Parteienklüngel und Machtausbau der Dienst am Bürger im Vordergrund stehen würde.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter

Vivant-Fraktion im PDG